



## **Bremerhaven nimmt Abstand von Najade-Nachbau**

**BdSt: „Längst überfällig, Planungsgelder sinnlos verbrannt!“**

Bremen, den 18. September 2025 – Die Seestadt Bremerhaven will den Schiffsnachbau der *Najade*, der als Ersatz für die 2018 gesunkene *Seute Deern* gedacht war, mangels Wirtschaftlichkeit nicht mehr realisieren. Dies geht aus einer Pressemitteilung der Stadt hervor. Der Bund der Steuerzahler hat den beabsichtigten Schiffsnachbau schon seit Jahren kritisiert, entsprechend begrüßt der Verband die Entscheidung der Seestadt. Gleichzeitig kritisiert er, dass das Vorhaben nicht schon früher gestoppt wurde, um Steuergelder zu sichern.

„Da weder das Land Bremen, noch die Seestadt Bremerhaven oder das Deutsche Schifffahrtsmuseum jemals Bereitschaft signalisiert haben, sich auch nur mit einem müden Cent an Bau oder Betrieb des *Najade-Nachbaus* zu beteiligen, war das Projekt von Anfang an zum Scheitern verurteilt“, kritisiert BdSt-Vorstand Carl Kau. „Das Brimborium rund um die *Najade* hätte man sich sparen können, vor allem die Verausgabung der Planungsgelder“, so Kau.

Die hölzerne Dreimastbark *Seute Deern* war einst Aushängeschild des Deutschen Schifffahrtsmuseums in Bremerhaven. Weil das Museum, die Stadt und das Land Bremen jedoch zu wenig für seine Instandhaltung taten, war das Schiff 2018 derart marode, dass der Bund bereit war, bis zu 17 Mio. Euro für die Sanierung des Holzseglers aufzuwenden. Doch ehe es zu der Sanierung kam, havarierte die *Seute Deern* infolge eines Brandes unwiederbringlich.

Doch statt die in Aussicht gestellten 17 Mio. Euro zu streichen und in sinnvolle Projekte umzulenken, konnten lokale Akteure den Haushaltsausschuss des Bundes sogar dazu überreden, die Fördermittel auf 46 Mio. Euro aufzustocken und zugunsten eines Nachbaus der *Seute Deern* umzuwidmen, was die Kritik des Bundes der Steuerzahler und einen ersten Eintrag im Schwarzbuch 2020 nach sich zog.

Wegen der Holzbauweise, stellte sich ein Nachbau der *Seute Deern* als zu teuer heraus. Die 46 Mio. Euro würden nicht ausreichen und weder das Land Bremen noch die Stadt Bremerhaven stellten eine finanzielle Beteiligung in Aussicht.

An dieser Stelle hätte diese Geschichte im Interesse aller Steuerzahler eigentlich bereits enden müssen – tat sie aber nicht! Denn im November 2020 gelang es den politischen Strippenziehern erneut, den Haushaltsausschuss des Bundes von einer Umwidmung der Fördergelder zu überzeugen. Die 46 Mio. Euro sollten fortan für einen konstruktionsbedingt günstigeren Nachbau der *Najade* bereitstehen – ein stählerner Frachtsegler, der 1888 in Bremerhaven vom Stapel lief und 1917 während des 1. Weltkriegs, inzwischen unter norwegischer Flagge segelnd, von einem deutschen U-Boot versenkt wurde. Für den Bund der Steuerzahler kein Grund, das Schiff zu einem „Denkmal von nationaler Bedeutung“ zu stilisieren, das eine so außergewöhnlich hohe Förderung seitens des Bundes rechtfertigen könnte.

Dieser Ansicht schloss sich 2022 auch der Bundesrechnungshof an. Er riet ebenfalls dazu, von dem Nachbau der *Najade* Abstand zu nehmen. Neben fehlendem Bundesinteresse verwies der Rechnungshof auf die künftigen Unterhaltungskosten eines Nachbaus, den er auf circa 0,5 Mio. Euro jährlich schätzte. Eine Summe, mit der das Schifffahrtsmuseum voraussichtlich überfordert sein würde. Ein Sanierungsstau sei absehbar und die *Najade* drohe zu einer Förderruine zu werden. Außerdem werde das maritime Kulturerbe der Seestadt Bremerhaven seit der Verlegung der *Schulschiff Deutschland* in den Museumshafen bereits ausreichend repräsentiert. Diese Verlegung aus Bremen-Vegesack hatte der Bund der Steuerzahler bereits in seinem Schwarzbuch 2020 vorgeschlagen.

Der Bundes-Haushaltsausschuss setzte sich jedoch über die Kritik hinweg und bestätigte die 46-Millionen-Förderung Ende November 2022 erneut und gab in einer ersten Tranche bis zu 2,37 Mio. Euro die Nachbau-Planungen der *Najade* frei. Bis zum Sommer 2025 sollte die Stadt Bremerhaven brauchen, um endlich eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für den Betrieb der *Najade* vorzulegen. Das Ergebnis war wenig überraschend: Ein wirtschaftlicher Betrieb des Nachbaus sei nicht darstellbar, weshalb man nun von dem Bau absehen wolle.

Der Bund der Steuerzahler hat sich nun mit einem Schreiben an Oberbürgermeister Melf Grantz gewandt, um in Erfahrung zu bringen, wie hoch die Kosten ausgefallen sind, die mit den vergeblichen Planungen des *Najade*-Nachbaus verbunden waren.